

# 1 **KLIMASCHUTZ: WAS JETZT ZU TUN IST**

## 2 *Sofortprogramm für den Sommer 2019*

3  
4 Im Jahr 2015 hat sich die Weltgemeinschaft in Paris gemeinsam das Ziel gesetzt, die globale  
5 Erhitzung deutlich unter 2°C, möglichst 1,5°C zu halten, um heutigen wie folgenden  
6 Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Die Klimaforschung ist sich einig: Nur  
7 wenn der Pariser Vertrag eingehalten wird, lässt sich der globale Temperaturanstieg begrenzen.  
8 Der Kampf gegen die globale Erhitzung ist die Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts. Dabei  
9 geht es nicht mehr um ein fernes Zukunftsszenario: Die gravierende Klimaveränderung zwingt  
10 schon heute weltweit mehr Menschen zur Flucht als sämtliche Kriege zusammen. Und auch  
11 mitten in Europa zeigen sich die Auswirkungen der Klimakrise mehr und mehr: Denken wir doch  
12 nur an den Extremsommer im vergangenen Jahr – 30 Grad Celsius am Polarkreis, Waldbrände  
13 von Griechenland bis Schweden, ausgedörrte Landschaften und Ernteauffälle in halb Europa.

14 Lippenbekenntnisse zum Pariser Klimavertrag reichen nicht aus. Damit Deutschland seine  
15 Verpflichtung aus Paris – bis Mitte des Jahrhunderts unsere Emissionen um mindestens 95  
16 Prozent zu reduzieren – erfüllen kann, muss die Politik sofort und umfassend handeln. Bis zum  
17 Jahr 2030 müssen wir die Treibhausgasemissionen um 55 Prozent gegenüber dem Referenzjahr  
18 1990 senken.

19 Die Ideen, Instrumente und Technologien dafür sind vorhanden. Die Unterstützung in der  
20 Bevölkerung wächst und wächst. Die Kinder, von denen wir unsere Erde nur geborgt haben,  
21 gehen zu Hunderttausenden für Klimaschutz auf die Straße. Etliche Unternehmen haben sich  
22 auf den Weg gemacht, weil sie wissen, dass eine Green Economy neue Wertschöpfungsketten  
23 und neue Arbeitsplätze schaffen wird. Klimaschutz ist nicht nur die ökologische Schicksalsfrage,  
24 sondern auch maßgeblich für die Zukunft unserer Wirtschaft: Nur wenn der Übergang zu einer  
25 kohlestofffreien und ressourcenleichten Wirtschaft gelingt, bleibt „Made in Germany“ eine  
26 international erfolgreiche Marke. Nur so sichern wir den Industriestandort Deutschland und  
27 damit auch zukunftsfähige Arbeitsplätze. Auch dem Staatshaushalt droht Ungemach, wenn wir  
28 unsere Zusagen gegenüber den europäischen Staaten, unsere Emissionen deutlich zu senken,  
29 nicht einhalten. Es drohen Belastungen im zweistelligen Milliardenbereich. Dieses Geld wollen  
30 wir sinnvoll investieren.

31 Die Europawahl und die Fridays-for-Future-Bewegung zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger  
32 konsequenten Klimaschutz wollen und keine parteipolitische Bedenkenträgerei. Es braucht jetzt  
33 einen gemeinsamen politischen Kraftakt, um den Pariser Klimavertrag zu erfüllen und  
34 zukünftigen Generationen die Chance zu geben, weiter in Freiheit zu leben.

35 Es ist daher allerhöchste Zeit, dass die Bundesregierung mit ambitionierten Maßnahmen den  
36 Klimaschutz in unserem Land vorantreibt, statt ihn weiter zu blockieren. Wir legen hier ein  
37 Sofortprogramm vor, mit dem Bund und Länder den Klimaschutz jetzt gemeinsam voranbringen  
38 können. Dies ist gleichzeitig ein Forderungskatalog an die Bundesregierung. Das Klimakabinett

39 muss noch vor der Sommerpause entscheidende Weichen stellen, und zwar in folgenden drei  
40 Bereichen:

- 41 1. Die zügige Einleitung des **Kohleausstiegs**, neuer Schwung beim Ausbau der  
42 Erneuerbaren Energien und eine effizientere Nutzung von Energie
- 43 2. Einen **CO<sub>2</sub>-Preis**, der ökologisch wirksam, sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll ist –  
44 damit klimafreundliches Verhalten belohnt und klimaschädliches Verhalten verteuert  
45 wird
- 46 3. Ein **Klimaschutzgesetz**, das den gesetzlichen Rahmen für konkrete Maßnahmen in allen  
47 Sektoren schafft und so für Planungssicherheit sorgt für die Bereiche Wärme, Verkehr  
48 und Landwirtschaft

49 Wir können jetzt zeigen, dass Klimaschutz, wirtschaftlicher Erfolg, Wohlstand und  
50 gesellschaftlicher Zusammenhalt in einem Industrieland im 21. Jahrhundert Hand in Hand  
51 gehen. Wir würden massiv davon profitieren - sowohl durch höhere Lebensqualität, als auch mit  
52 Blick auf Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze der Zukunft. In Deutschland gibt es mehr als  
53 genug Energie und Ideenreichtum, um die entscheidenden Zukunftsfrage des 21. Jahrhunderts  
54 wieder entschlossen anzugehen. Der Moment dafür ist jetzt. Klare und mutige Entscheidungen  
55 sind erforderlich.

56 Dieses Papier ist auch ein Angebot zur Zusammenarbeit. Wir haben konkrete Vorschläge  
57 formuliert. Für ihre Umsetzung bieten wir sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat unsere  
58 Unterstützung an. Entscheidend ist, dass Deutschland seine nationalen, europäischen und  
59 international verbindlich zugesagten Ziele erreicht. Über den besten Weg dorthin sind wir offen  
60 für jeden konstruktiven Dialog.

61

## 62 **(1) Kohleausstieg einleiten, Energiewende beschleunigen**

63 Der schnelle Ausbau der Erneuerbaren Energien ist entscheidend für wirksamen und  
64 erfolgreichen Klimaschutz, denn nicht nur der Strombereich, sondern auch der Wärme- und  
65 Verkehrssektor werden zukünftig massiv erneuerbare Energie benötigen. Hierfür müssen wir  
66 Verkehr und Wärme zunehmend elektrisch versorgen und aus Strom Wasserstoff und Gas  
67 machen.

68 Dieser Ausbau wird derzeit vom klimaschädlichen Kohlestrom blockiert, für den nicht nur  
69 jährlich 240 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in die Luft geblasen werden, sondern der auch die Netze  
70 verstopft und gegenüber den Erneuerbaren einen unfairen Wettbewerbsvorteil hat.

71

### 72 **a) Kohleausstiegsgesetz**

73 Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohle-Kommission „Wachstum, Strukturwandel,  
74 Beschäftigung“ hatte bereits Ende Januar 2019 einen Kompromiss für den Ausstieg aus der  
75 Kohleverstromung vorgelegt. Auch mehrere Monate später hat es die Große Koalition nicht  
76 geschafft, den Kohleausstieg einzuleiten. Um schnell Planungssicherheit zu schaffen, muss jetzt

- 77 unverzüglich, wie in der Kohle-Kommission vereinbart, im Rahmen von transparenten  
78 Gesprächen ein verbindlicher Abschaltplan vorgelegt werden, damit
- 79 • bis Ende 2022 mindestens rund ein Viertel der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel  
80 der Steinkohlekapazitäten abgeschaltet werden,
  - 81 • für die Zeit nach 2022 ein verbindlicher Abschaltplan von Kohlekraftwerken, deren  
82 Betriebsdauer länger als 25 Jahre – und damit weitgehend entschädigungsfrei – ist,  
83 verbunden mit einer Übergangsfrist zur Abschaltung von drei bis vier Jahren, festgelegt  
84 wird
  - 85 • und sichergestellt wird, dass das Strukturfördergesetz mit einem Volumen von 40  
86 Milliarden Euro an konkrete Abschaltungen gekoppelt wird.

87

## 88 **b) Energiewende beschleunigen**

89 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, von Speichern und Netzen, muss dringend beschleunigt  
90 werden. Das ist genauso klimapolitisch notwendig wie ökonomisch vernünftig, denn Energie aus  
91 Wind und Sonne sind heute schon günstiger als neue Gas- und Kohlekraftwerke. Während  
92 weltweit immer mehr in Erneuerbare investiert wird, brechen im Land der Erfindung der  
93 „Energiewende“ die Investitionen ein. Um die Segel wieder in den Wind zu stellen, wollen wir  
94 bestehende regulatorische Hemmnisse beseitigen und so „ermöglichen“ statt „verhindern“. Denn  
95 was wir derzeit erleben, ist das genaue Gegenteil. Trotz Klagen aus Energiewirtschaft und  
96 Industrie bleibt die Bundesregierung untätig, obwohl die Unternehmen dringenden  
97 Klärungsbedarf haben und am überbordenden Maß bürokratischer Regeln verzweifeln. Wie geht  
98 es weiter, wenn der Ausbaudeckel von 52 GW für Solarenergie Mitte kommenden Jahres erreicht  
99 sein wird? Was passiert mit funktionstüchtigen aber nicht mehr geförderten Wind-, PV- und  
100 Biomasseanlagen, die es ab 2021 immer häufiger geben wird? Warum macht man Speicher  
101 unrentabel, indem man sie doppelt mit Steuern und Umlagen belegt? Darf bald jeder  
102 wahlkämpfende Landespolitiker sein Bundesland zur Tabuzone für den Windkraftausbau  
103 erklären? Diese und viele weitere Fragen stehen unbeantwortet im Raum und versprühen das  
104 Gift der Verunsicherung in einer Branche, die Milliardeninvestitionen zu stemmen hat und die  
105 dringend Planungssicherheit braucht.

106 Seit mehr als zwei Jahren beobachten wir einen Stillstand der Rechtssetzung, und immer wieder  
107 gab es Vorschläge, die den Zubau der Erneuerbaren weiter ausbremsen. Zahlreiche  
108 Bundesratsinitiativen aller Länder zeugen aber davon, dass es anders gehen kann, wenn man  
109 will:

- 110 • Es gilt alle Deckel im EEG zu streichen, damit die klimafeindliche Begrenzung des  
111 Ökostromausbaus beendet wird. Insbesondere den Ausbau der Windenergie an Land und  
112 den der Solarenergie müssen wir beschleunigen. Unser Ziel ist ein Zubau von jährlich  
113 jeweils mindestens 5.000 MW netto.
- 114 • Um das Potential unserer Städte und Industriegebiete für den PV-Ausbau zu nutzen,  
115 müssen wir die Mieterstromregelungen vereinfachen, Rechtssicherheit für

116 Vermieter\*innen schaffen und die Ausschreibungen so anpassen, dass alle, die bauen  
117 wollen, auch zum Zuge kommen können. Außerdem muss die Solarenergie im  
118 Außenbereich ebenso wie die Windkraft privilegiert werden.

- 119 • Das größte Hemmnis für den Zubau, insbesondere der Windkraft, ist ein Mangel an  
120 Flächen. Nur wenn rechtssicher Standorte zur Verfügung stehen, werden Planungen in  
121 Angriff genommen. Wir brauchen darum ein nationales Flächenziel Windkraft und eine  
122 Überprüfung der bestehenden Regelungen im Bereich Flugsicherung, Denkmal- und  
123 Naturschutz sowie des Planungsrechts. Zudem brauchen wir klare und einheitliche  
124 Leitlinien für die Koexistenz von Windenergie und Naturschutz. Um den Ausbau der  
125 Windkraft überall in Deutschland voranzubringen, muss er regional ausgeglichen  
126 erfolgen und mit den Zielen des Netzentwicklungsplans im Einklang stehen. Die im  
127 Netzausbaugebiet vorgenommenen Einschränkungen im Norden des Landes müssen  
128 aufgehoben werden.
- 129 • Gemeinsam mit Betreibern bestehender Wind-, PV- und Biogasanlagen wollen wir neue  
130 Geschäftsmodelle entwickeln und alle Regelungen streichen, die einen wirtschaftlichen  
131 Weiterbetrieb behindern. Auch Repowering muss am gleichen Standort möglich bleiben.
- 132 • Mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz 2.0 hat die Bundesregierung gerade den  
133 Rechtsrahmen für den Netzausbau angepasst. Die Wirkung bleibt zunächst abzuwarten  
134 und muss engmaschig überwacht werden, um keine weiteren Verzögerungen beim  
135 Stromtransport zu riskieren. Um keine Potentiale zu verschenken, wollen wir alle  
136 Trassen, die neu gebaut werden, mit den maximalen Transportkapazitäten, also 525 KV-  
137 Leitungen, ausstatten.
- 138 • Wir wollen, dass die für eine erfolgreiche Energiewende dringend benötigten  
139 Speicherkapazitäten nicht länger künstlich aus dem Markt gedrückt werden. Hierfür  
140 muss der gespeicherte Strom von Letztverbraucherabgaben befreit werden. Dabei dürfen  
141 Netzausbau und Speicher kein Widerspruch sein. Auf dem Weg in die Erneuerbare Welt  
142 brauchen wir beides gleichermaßen.

143

## 144 **(2) Ein fairer und ehrlicher Preis für CO<sub>2</sub>-Ausstoß**

145 Nur wenn die Preise die ökologische Wahrheit sagen, werden ökonomische Anreize für  
146 Klimaschutz gesetzt. Eine kohlenstoffneutrale Wirtschaft wird dann erreichbar sein, wenn  
147 Produktivität und Profitabilität sich auch daran bemisst, wie viel CO<sub>2</sub> ausgestoßen wurde.

148 Mit einem CO<sub>2</sub>-Preis tragen wir dazu bei, dass es einen einfachen, marktwirtschaftlichen  
149 Mechanismus gibt: Wer sorgsam mit unseren endlichen Ressourcen umgeht, hat auf dem Markt  
150 einen Wettbewerbsvorteil vor dem, dessen Verhalten das Klima schädigt. Klimaschutz wird  
151 billiger. Klimazerstörung, deren Kosten bisher von der Allgemeinheit getragen werden, wird  
152 teurer. Heute ist es vielfach anders herum – das wollen wir ändern.

153 Wir wollen dem Ausstoß von CO<sub>2</sub> einen fairen Preis geben, der die ökonomischen Fehlanreize  
154 insbesondere im Verkehrs- und Wärmesektor beendet. Fossile Kraft- und Brennstoffe sollen  
155 deshalb mit einem Aufschlag auf den Marktpreis belegt werden. Dieser Aufschlag soll  
156 mittelfristig die Kosten der Klimaschäden abbilden. Damit dies sozial ausgewogen möglich ist

157 und zugleich berücksichtigt, dass es in strukturschwachen Regionen mancherorts derzeit nur  
158 begrenzt klimafreundliche Alternativen (wie z.B. einen starken ÖPNV) gibt, sollten die  
159 Einnahmen als Senkung der Stromsteuer und als Energiegeld an alle Bürgerinnen und Bürger  
160 wieder zurückgehen. Wer das Klima schont, zahlt weniger ein als er rausbekommt und hat am  
161 Jahresende Plus gemacht. Wer das Klima schädigt, zahlt dafür. Das gilt auch für Unternehmen.  
162 Dadurch erhöhen wir den Anreiz, auf klimafreundliche Technologien umzustellen und in  
163 Erneuerbare Energien und Effizienz zu investieren.

164

165 Drei Grundprinzipien sind für uns entscheidend:

- 166 • ökologisch wirksam: Es sollen möglichst viele Sektoren erfasst werden und der Preis  
167 möglichst schnell eine Lenkungswirkung haben, die eine Einhaltung der Klimaziele  
168 ermöglicht. Die CO<sub>2</sub>-Preise sollen sich deshalb mittelfristig an den realen CO<sub>2</sub>-  
169 Schadenskosten orientieren. Außerdem kommt es darauf an, den CO<sub>2</sub>-Preis zügig  
170 einzuführen. Wir können bei der Rettung des Klimas nicht erneut Jahre verschenken.
- 171 • sozial gerecht: Wir wollen die Bepreisung von CO<sub>2</sub> aufkommensneutral durchführen. Der  
172 Staat erhält keine neuen Einnahmen, sondern die Mittel fließen wieder an die  
173 Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft zurück. Außerdem soll der CO<sub>2</sub>-Preis zu  
174 Beginn moderat sein und der Umstieg zu klimafreundlicheren Technologien gefördert  
175 werden. In Härtefällen kann durch gezielte Förderung gegengesteuert werden.
- 176 • ökonomisch sinnvoll: Versorgungssicherheit und Rentabilität von energieintensiven  
177 Branchen dürfen nicht gefährdet werden, um zu verhindern, dass energieintensive  
178 Industriezweige ins Ausland verlagert werden. Das würde unserem Land schaden, ohne  
179 dass damit etwas für das Klima gewonnen wäre. Dafür ist eine angemessene, planbare  
180 und verlässliche Entwicklung des Preises für CO<sub>2</sub> genauso entscheidend wie gezielte  
181 Entlastungen und die Förderung von klimafreundlichen Alternativen.

182

## 183 **Eckpunkte eines CO<sub>2</sub>-Preises**

184

### 185 (A) Erhebung:

186 Wir wollen in Deutschland zeitnah einen CO<sub>2</sub>-Preis einführen. Davon sind zwei Bereiche  
187 betroffen:

- 188 • Für den Verkehrs- und Wärmesektor – also den Bereichen, in denen die  
189 Klimaschutzfortschritte bisher am geringsten sind – sollen die Energiesteuern auf  
190 Benzin, Diesel, Kerosin, Heizöl, Heizkohle und Heizgas um eine CO<sub>2</sub>-Preis-Komponente  
191 entsprechend der jeweiligen CO<sub>2</sub>-Emission ergänzt werden. Hier schlagen wir einen  
192 Einstiegspreis von 40 Euro/t CO<sub>2</sub>-Emission vor.
- 193 • In der Folge soll auch für den Bereich des Emissionshandels ein CO<sub>2</sub>-Mindestpreis in  
194 Höhe von möglichst schnell 40 Euro/t gelten, um die Klimaziele zu erreichen. Unsere  
195 Nachbarn Frankreich und die Niederlande drängen darauf, gemeinsam den Schritt eines  
196 abgestimmten Mindestpreises zu gehen; dem sollte sich Deutschland anschließen.

197 Die konkrete Preisentwicklung in beiden Bereichen muss sich an den Zielen der Klimapolitik  
198 ausrichten. Zentral ist, dass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung durch weitere klimapolitische Maßnahmen in  
199 jedem Sektor ergänzt wird. Umfassende Förderprogramme für eine klimafreundliche  
200 Wirtschaftsweise (Dekarbonisierung der Industrie, Programme für Flottenumstellung auf E-  
201 Mobilität etc.), wie sie teilweise im Energie- und Klimafonds bereits eingestellt sind sowie  
202 Programme für weitere notwendige Anpassungen müssen zusätzlich zur Entlastung durch den  
203 niedrigeren Strompreis effizienter und wirtschaftlich sinnvoller umgesetzt bzw. neu aufgelegt  
204 werden. Je mehr CO<sub>2</sub>-Einsparung durch andere klimapolitische Instrumente erreicht wird, desto  
205 moderater kann die Preissteigerung in dem jeweiligen Sektor erfolgen. Dabei ist Planbarkeit von  
206 entscheidender Bedeutung, so dass wir ein unabhängiges Gremium vorschlagen, das die stetige  
207 und lange angekündigte Preisanpassung vornimmt, die sich an den drei oben genannten  
208 Parametern ausrichtet. Insbesondere bei absehbaren Zielverfehlungen müssen die Preise für die  
209 entsprechenden Emissionssektoren angepasst werden.

210

#### 211 (B) Rückzahlung:

212 Auch für die Rückzahlung gilt: Sie soll ökologisch wirksam, sozial gerecht und ökonomisch  
213 sinnvoll sein. Deshalb schlagen wir zwei Wege der Rückzahlung vor.

- 214 • Wir wollen die Stromsteuer nahezu abschaffen, indem wir sie auf den EU-Mindestsatz  
215 von 0,1 bzw. 0,05 ct/kWh abzusenken. Das bringt für die Stromkund\*innen eine  
216 Entlastung von 6,5 Mrd. Euro und führt dazu, dass in allen Sektoren die Wende hin zu  
217 Erneuerbaren Energien beschleunigt wird. Außerdem wird damit die ungleiche  
218 Belastung zwischen privaten Haushalten, Gewerbetreibenden und Mittelstand auf der  
219 einen Seite und Teilen der Industrie, die bereits heute privilegiert sind auf der anderen  
220 Seite reduziert.
- 221 • Da nicht alle Bürger\*innen – gerade im ländlichen Raum – von heute auf morgen auf  
222 umweltfreundliche Fahrzeuge und Heizungen umsteigen können, wollen wir die Kosten  
223 eines CO<sub>2</sub>-Preises sozial abfedern und daher allen Bürger\*innen je 100 Euro pro Jahr als  
224 Energiegeld zurückzahlen. Diese Form der Entlastung hat sich bereits in anderen  
225 Ländern wie der Schweiz bewährt. Haushalte mit vier Personen bekommen so 400 Euro  
226 pro Jahr erstattet, der Strompreis verringert sich durch die Abschaffung der Stromsteuer  
227 durchschnittlich um weitere 60 Euro pro Jahr.

228

229 Durch die beiden Rückzahlungsmodelle werden insbesondere die entlastet, die wenig  
230 klimaschädliche Energieträger verbrauchen. In der Regel steigt der Energieverbrauch – und  
231 damit die Kosten - mit dem Einkommen. Durch die einheitliche Höhe der Rückzahlung für alle  
232 Bürger\*innen ist das Modell sozial ausgewogen. Dadurch profitieren Menschen mit geringem  
233 Einkommen überproportional. Dennoch wird es Härtefälle geben, die wir im Blick behalten  
234 wollen.

235 Deshalb wollen wir zusätzlich Förderprogramme sowohl für Unternehmen als auch für  
236 Privathaushalte auflegen. Damit werden wir z.B. Umstieg von Heizungen, die mit fossilen

237 Brennstoffen betrieben werden, hin zu Wärmepumpen, Pelletheizungen und klimaneutralen  
238 Nah- und Fernwärmenetzen beschleunigen. Im Mietwohnungsbestand wollen wir ein  
239 besonderes Augenmerk auf Quartierslösungen legen. Für den Umstieg auf klimaneutrale  
240 Verkehrsträger schaffen wir durch das Bonus-Malus-Konzept, im Steuerrecht und durch gezielte  
241 Förderung die Möglichkeiten, um auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen.

242

### 243 **(3) Klimaschutz einen rechtlichen Rahmen geben**

244 Bisher hat der Bundestag das Pariser Klimaabkommen zwar ratifiziert, der zugleich erforderliche  
245 verbindliche nationale Beitrag ist bisher im Rahmen des Klimaschutzberichtes lediglich eine  
246 Absichtserklärung, der es an Verbindlichkeit fehlt – nicht nur gegenüber dem UN-  
247 Klimasekretariat, sondern auch mit Blick auf die rechtsverbindliche Planungssicherheit im  
248 nationalen Kontext. Daher muss die Bundesregierung bis zum UN-Gipfel im September in New  
249 York ein Klimaschutzgesetz als rechtlichen Rahmen für die deutsche Klimapolitik mit einem alle  
250 Sektoren umfassenden Maßnahmenpaket vorlegen.

251 Senken wir nicht unsere Emissionen in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft bis  
252 2030 um 38 % (bezogen auf 2005), wie in der Gemeinschaft der Europäischen Staaten zugesagt,  
253 drohen immense Kosten für den Ankauf von Verschmutzungsrechten. Bis 2030 stehen so 30 bis  
254 60 Milliarden Euro im Feuer. Schon jetzt hat die Bundesregierung hunderte Millionen Euro in  
255 der Haushaltsplanung dafür vorgesehen. Sinnvoll wäre es, das Geld in Klimaschutz bei uns  
256 investieren. So schaffen wir mehr Lebensqualität durch besseren Verkehr und wärmere  
257 Wohnungen genauso wie mehr Arbeit und Wohlstand durch Investitionen in Deutschland.

258 Nur mit klar festgelegten Zielen und Zwischenzielen, verknüpft mit einem verbindlichen  
259 Monitoring der Maßnahmen und Ergebnissen sowie verankerten Korrekturmechanismen bei  
260 Zielverfehlung, können wir wieder auf den erforderlichen Zielpfad beim Klimaschutz kommen.

261 Durch ein solches Klimaschutzgesetz werden auch endlich Verbindlichkeiten innerhalb der  
262 jeweiligen Sektoren und der zuständigen Ressorts festgeschrieben. Denn das Erreichen der  
263 Klimaschutzziele kann nicht länger allein beim Bundesumweltministerium liegen, sondern muss  
264 als Querschnitt der Regierung auch die Ministerien, welche zuständig sind für Verkehr,  
265 Landwirtschaft, Bauen und Wirtschaft, in die Pflicht nehmen. Die Zielsetzung einer  
266 klimaneutralen öffentlichen Verwaltung muss ebenfalls in diesem Rahmengesetz festgelegt  
267 werden.

268

### 269 **Konkretisierende Maßnahmen zum Klimaschutzgesetz**

270

#### 271 **Im Gebäudebereich**

272 Rund ein Drittel der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen entfallen auf den Gebäudebereich. Ohne  
273 erhebliche Anstrengungen in diesem Bereich sind demzufolge sämtliche Klimaziele bis 2050  
274 Makulatur. Gleichzeitig weist insbesondere der Baubereich ein besonderes träges  
275 Umsteuerungsverhalten auf, da hier sehr lange Investitionszyklen von ca. 30 Jahren bestehen.

276 Soll also das erklärte und notwendige Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands (Ziel  
277 Bundesregierung 2050; Ziel Grüne 2040) erreicht werden, ist ein sofortiges Umsteuern  
278 erforderlich – auch um nicht heute falsche Investitionsentscheidungen zu treffen, die vor Ablauf  
279 der Lebensdauer der Investition durch neuerliche Sanierung entwertet werden.  
280 Da der Großteil des in Zukunft genutzten Gebäudebestandes bereits gebaut ist, kommt der  
281 Sanierung eine besondere Bedeutung zu. Hierfür braucht es ordnungsrechtliche und  
282 anreizorientierte Komponenten. Der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt zugleich nur  
283 dann, wenn er sozial ist, d.h. dass Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben. Drei Maßnahmen, die  
284 sofort begonnen werden können, sind deshalb von besonderer Bedeutung:  
285

### 286 1. Förderprogramm Faire Wärme:

287  
288 Mit einer Innovationsoffensive für die besten Klima-Investitionen in Gebäude und Wohnungen  
289 unterstützen wir selbstnutzende Eigentümer, Vermieterinnen sowie Mieter. Wir helfen, zu  
290 tragbaren Kosten Zukunft zu gestalten und Klimaschutz gemäß der Ziele von Paris für alle zu  
291 ermöglichen. Dafür wollen wir im Rahmen des Programms „Faire Wärme“ zusätzlich Mittel für  
292 gute Planung, Investitionen und Bezahlbarkeit bereitstellen. Dieses zukunftsweisende  
293 Förderprogramm kann durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen finanziert werden.

294 Die derzeitigen Mittel für erneuerbare Wärme, energetische Sanierung und Infrastruktur für die  
295 Wärmeversorgung müssen dazu verdoppelt und die Antragsverfahren vereinfacht werden, damit  
296 die Förderung gezielt wirkt. Die Kosten für Bauen, Sanieren und Wohnen müssen  
297 klimaverträglich und fair für alle verteilt werden. Neben der Klima-Modernisierung öffentlicher  
298 Gebäude setzen wir u.a. auf gemeinschaftlich geplante Sanierungsprojekte. Wir unterstützen  
299 damit die Kommunen in der örtlichen Wärme- und Sanierungsplanung und erleichtern die  
300 erneuerbare Energieversorgung durch eine moderne und gut vernetzte Infrastruktur. Im Rahmen  
301 einer Quartiersförderung wollen wir warmmietenneutrale Sanierungen für Mieterinnen und  
302 Mieter mit kleinem Einkommen ermöglichen. Ergänzend führen wir einen Klimazuschuss ein,  
303 damit sich auch die Empfängerinnen von Wohngeld klimafreundliche Wohnungen leisten  
304 können.

305

### 306 2. Steuerliche Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden:

307

308 Die bereits 2011 zwischen Bundesregierung und Bundesrat verhandelte steuerliche Förderung  
309 als Anreiz für energetische Sanierung wollen wir endlich umsetzen. Gerade private  
310 Eigenheimbesitzer\*innen benötigen steuerliche Anreize zur Gebäudesanierung. Der Steuerbonus  
311 muss klimapolitisch wirksam ausgestaltet sein. Es dürfen darum nur Maßnahmen gefördert  
312 werden, die nachweislich auf dem vom Pariser Abkommen vorgegeben Minderungspfad liegen.  
313 Durch eine progressionsunabhängige Abschreibung müssen alle gleichermaßen davon  
314 profitieren, und die Sonderabschreibung muss analog zur KfW-Förderung ausgestaltet sein.

315 Dieser Bereich ist für die Erreichung der Klimaziele von großer Bedeutung, er ist aber auch ein  
316 Konjunkturprogramm für unser Handwerk und den Mittelstand. Wir fordern daher die



317 Bundesregierung auf, den Ball noch einmal aufzugreifen. Klar muss sein, dass die Kommunen  
318 nicht auf den Kosten der steuerlichen Förderung sitzen bleiben dürfen. Die Bundesregierung  
319 sollte lieber in dieses Projekt investieren als in Strafzahlungen für das Nichteinhalten der  
320 Klimaziele.

321

### 322 3. Effizientes Gebäude-Energie-Gesetz / Erneuerbare Wärme

323

324 Neben Anreizen bedarf es auch klarer ordnungsrechtlicher Vorgaben für den Gebäudebestand.  
325 Mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWärmeG) hat Baden-Württemberg eine Blaupause für den  
326 Bund geschaffen. Es verpflichtet die Eigentümerinnen und Eigentümer bestehender Wohn- und  
327 Nichtwohngebäude erneuerbare Energien einzusetzen, sobald sie ihre Heizungsanlage  
328 austauschen. Die Wirkung des EWärmeG wurde Ende 2018 evaluiert: Es war sehr erfolgreich und  
329 hat über die Einsparung durch den eigentlichen Heizungstausch hinaus zu einer jährlichen  
330 Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 110.000 bis 170.000 t CO<sub>2</sub> pro Jahr geführt. Heute werden  
331 in Baden-Württemberg mehr Erneuerbare Energien im Wärmesektor eingesetzt als in jedem  
332 anderen Bundesland.

333 Für den Neubau von Gebäuden ist hingegen eine Anpassung der bestehenden Energievorgaben  
334 auf den KfW 40 Standard sowohl privat- als auch volkswirtschaftlich optimal. Legt man eine  
335 Betrachtung der Lebenszykluskosten anstelle einer rein auf die Kapitalkosten orientierten  
336 Betrachtung des Wirtschaftlichkeitsbegriffs zugrunde, so relativieren sich die erhöhten  
337 Investitionskosten erheblich. Dies wird durch die Einführung des vorgeschlagenen Instruments  
338 eines CO<sub>2</sub>-Preises zusätzlich verstärkt.

### 339 **Im Verkehrsbereich**

340 Deutschland braucht möglichst schnell eine Verkehrswende. Das Versagen der Bundesregierung  
341 ist in diesem Bereich besonders eklatant, denn seit Jahren steigt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß, statt zu  
342 sinken. Dass die Verkehrswende nicht vorangebracht wurde, mindert die Lebensqualität der  
343 Bürger\*innen. Die Straßen sind dreckig, laut und verstopft. Das muss sich ändern. Deshalb  
344 wollen wir uns von den fossilen Verbrennern verabschieden. Inzwischen gibt es aus der  
345 Automobilindustrie deutliche Signale, dass das verstanden wird. Hinzu kommt, dass wir die  
346 Bahn stärken und konkurrenzfähig machen müssen, so dass der Umstieg von Fliegern –  
347 insbesondere auf der Kurz- und Mittelstrecke – auf die Schiene möglich wird. Wir wollen eine  
348 intelligent aufeinander abgestimmte Mobilität zwischen abgasfreiem Auto, elektr mobiler Bahn  
349 und ÖPNV, Rad- und Fußverkehr auf den Weg bringen, die auch erschwinglich ist.

350 Drei Bereiche sind deshalb besonders wichtig:

351 (A) Weg vom fossilen Verbrenner – Förderung der E-Mobilität

352 Der Umstieg auf klimaschonende Antriebe ist zentral für den Klimaschutz. Und er ist  
353 entscheidend, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu sichern. Weltweit wird gerade das Auto  
354 neu erfunden – die Ära des fossilen Verbrennungsmotors geht unweigerlich zu Ende. Die

355 Zukunft der deutschen Automobilindustrie entscheidet sich daran, ob sie bei dieser Veränderung  
356 doch noch vorne mit dabei ist. Deutschland hat dafür weltweit mit die besten Ingenieur\*innen.  
357 Nun braucht es politisch einen ehrgeizigen Rahmen, der ein planbares Ende des fossilen  
358 Verbrennungsmotors schafft sowie die notwendige Förderung dieser Umstellung.

- 359 • Dafür muss erstens die Ladeinfrastruktur massiv ausgebaut werden. Dies muss sowohl  
360 öffentliche als auch private Ladestationen umfassen. Hierzu braucht es mehr öffentliche  
361 Investitionen, bürokratische Hürden im Miet- und Wohneigentumsrecht müssen  
362 abgebaut und eine Mindestquote von Ladepunkten an Stellplätzen eingeführt werden.
- 363 • Zudem müssen wir nun den Markthochlauf von E-Autos befördern. Die erfolglose  
364 Kaufprämie der Bundesregierung wollen wir durch ein Bonus- Malus-System in der Kfz-  
365 Steuer ersetzen. Das heißt: Rein elektrische Fahrzeuge sollen eine Gutschrift erhalten,  
366 während Spritschlucker stärker an den ökologischen Kosten beteiligt werden. Dieses  
367 Bonus-Malus-System ist sozial gerecht und kann ökologisch lenken.
- 368 • Wir wollen zudem den Umstieg von gewerblichen Flotten, z.B. von Handwerkern oder  
369 Pflegediensten, beschleunigen. Hierfür gilt es auf der einen Seite endlich die vom  
370 Bundesrat schon lange geforderten Sonderabschreibungen im Steuerrecht zu verankern.  
371 So befördern wir den Flottenhochlauf und sorgen für einen attraktiven  
372 Gebrauchtwagenmarkt, von dem alle Autokäufer profitieren können. Aber auch Mittel  
373 der direkten Förderung sind erforderlich.

374

#### 375 (B) Einführung eines Mobilpasses / Förderung ÖPNV

376 Bus und Bahn brauchen kräftigen Rückenwind, damit noch mehr Menschen umsteigen.  
377 Zuverlässig, schnell und preisgünstig auf einem engmaschigen Nahverkehrsnetz – so stellen wir  
378 uns Bus und Bahn von morgen vor. Wir wollen insbesondere die Chancen der Digitalisierung  
379 nutzen und alle öffentlichen Verkehrsangebote verbinden und mit einer einzigen Smartcard  
380 oder App nutzbar machen – dem grünen MobilPass. Den klassischen ÖPNV vernetzen wir mit  
381 neuen Mobilitätsdienstleistungen wie Car-, Bike- und Ridesharing. Mit dem grünen MobilPass  
382 erfolgt die Abrechnung automatisch und einheitlich. Begleitend dazu wollen wie die  
383 Aufwendungen für Bus und Bahn durch die öffentliche Hand rasch verdoppeln.

384

#### 385 (C) Bahn attraktiver machen als Fliegen

386 Bei der Wahl des Verkehrsmittels entscheiden die Bürgerinnen und Bürger vor allem anhand der  
387 Kriterien Kosten, Komfort und Reisezeiten. Deshalb ist es unser Ziel, klimafreundliche  
388 Verkehrsmittel wie die Bahn attraktiver zu machen und so die Menschen zum Umsteigen zu  
389 bewegen. Wir wollen, dass mehr Menschen die Bahn nehmen und weniger den Flieger. Ein  
390 erster und wichtiger Schritt ist, den Steuernachteil der Bahn gegenüber dem Flugverkehr  
391 endlich zu beseitigen. Dafür wollen wir eine Kerosinbesteuerung mindestens auf Inlandsflügen  
392 einführen und mit diesen Mitteln den Mehrwertsteuersatz auf Bahntickets absenken.

393 Außerdem braucht es ein besseres Netz von Schnellzügen und ein breites Angebot an  
394 Nachtzügen in Deutschland und Europa. Die Investitionen des Bundes in das Schienennetz  
395 müssen kurzfristig verdoppelt, mittelfristig vervierfacht werden.

396

### 397 **In der Landwirtschaft**

398 Die Agrarproduktion ist für ca. 15% der anfallenden CO<sub>2</sub>-Äquivalente in Deutschland  
399 verantwortlich. Zugleich ist die Landwirtschaft einer der Bereiche, die am härtesten unter der  
400 Klimakrise leiden. Im Durchschnitt der letzten 15 Jahre mussten Bäuerinnen und Bauern nach  
401 Zahlen des UBA durchschnittliche jährliche Ertragsausfälle von ca. 470 Millionen Euro  
402 verkraften – infolge von Wetterextremen wie Dürre, Hagel und Starkregen. Dabei ist der  
403 Dürresommer 2018 noch gar nicht eingerechnet. Klar ist, dass eine vollständig emissionsfreie  
404 Landwirtschaft nicht möglich ist. Dennoch muss auch hier bis 2050 die Hälfte der Emissionen  
405 eingespart werden, um durch das Pariser Klimaabkommen für 2050 vorgegeben  
406 Minderungspfad der Emissionen von mindestens 95 Prozent zu erreichen.

407 Der viel zu hohe Tierbesatz, die damit verbundenen immensen Güllemengen, der Einsatz  
408 mineralischer Düngemittel, der humuszehrende intensive Ackerbau und die Entwässerung von  
409 Mooren, kurz die agroindustrielle Produktionsweise, hat eben nicht nur Tierleid,  
410 Gewässerverschmutzung und die Entwertung von Böden zur Folge, sondern schädigt auch unser  
411 Klima.

412 Um das Ruder herumzureißen, muss die Agrarpolitik der Bundesregierung ab sofort eine  
413 Landwirtschaft unterstützen, die mit und nicht gegen die Natur arbeitet:

414

- 415 • Bei den derzeit laufenden Verhandlungen über die EU-Agrarförderung in Höhe von ca.  
416 60 Mrd. Euro pro Jahr muss sich die Bundesregierung ihre bisherige Position um 180  
417 Grad korrigieren und die Agrar-Förderung künftig an eine klimafreundliche Produktion  
418 koppeln.
- 419 • Der viel zu hohe Tierbestand muss verringert werden. Dazu haben wir in einem Pakt für  
420 Faire Tierhaltung ganz konkrete Maßnahmen wie eine Bindung der Tierhaltung an die  
421 Fläche, bessere Tierschutzstandards, eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung  
422 sowie Förderprogramme zur Umstellung vorgelegt, mit deren Umsetzung die  
423 Bundesregierung sofort beginnen kann und muss.
- 424 • Um die Gülleflut und die Überdüngung durch zu viel Mineraldünger zu stoppen (und um  
425 enorme Strafzahlungen an die EU zu vermeiden), muss die Bundesregierung jetzt  
426 endlich die Vorgaben der EU-Nitratrichtlinie erfüllen.
- 427 • Mit einem Stopp von Grünlandumbrüchen und einer Förderung der Regeneration von  
428 Moorböden kann umgehend eine stärkere Kohlenstoffbindung der Böden erreicht  
429 werden.

**Annalena Baerbock**, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Anton Hofreiter**, Bundestagsfraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Winfried Kretschmann**, Ministerpräsident von Baden-Württemberg

**Katrin Göring-Eckardt**, Bundestagsfraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Robert Habeck**, Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Tarek Al-Wazir**, Hessischer Staatsminister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

**Claudia Dalbert**, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Sachsen-Anhalt

**Katharina Fegebank**, Zweite Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

**Monika Heinold**, Finanzministerin, Land Schleswig-Holstein

**Ulrike Höfken**, Staatsministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten Rheinland-Pfalz

**Karoline Linnert**, Bürgermeisterin und Finanzsenatorin der Freien Hansestadt Bremen

**Ramona Pop**, Bürgermeisterin und Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe

**Anja Siegesmund**, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz